



Axel Voss

Member of the European Parliament

Digitale Agenda für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der EU 2024-2029

18. September 2024

Die digitale Wettbewerbsfähigkeit wird über die Zukunft Europas entscheiden. Unser wirtschaftlicher Wohlstand hängt davon ab, dass wir technologisch an der Spitze stehen und in eine robuste digitale Infrastruktur und den Zugang zu Daten investieren. Unsere Sicherheit wird durch moderne Technologie in den Bereichen Verteidigung, Cybersicherheit und Schutz personenbezogener Daten bestimmt. Es liegt auf der Hand, dass eine klare Strategie, die die EU zu digitaler Wettbewerbsfähigkeit führt, und Investitionen in den digitalen Wandel der Schlüssel zur Sicherung von Wohlstand und Freiheit in der EU sind.

Die Digitalpolitik der EU kann jedoch bislang als gescheitert betrachtet werden. Das enorme Potenzial neuer Technologien wurde kaum gefördert, was zu einer zunehmenden Innovationslücke und einer starken Abhängigkeit von ausländischen Produkten und Dienstleistungen geführt hat.

Die Einführung kritischer Infrastrukturen wie 5G hinkt China und den Vereinigten Staaten um Jahre hinterher. Stattdessen liegt der Schwerpunkt der EU-Politik auf Schutzvorschriften. Selbst diese risikoorientierten Gesetze haben aufgrund ihrer mangelnden Umsetzung und Durchsetzung kaum positive Auswirkungen gehabt. Intern hat die Digitalpolitik der EU die Einhaltung der Vorschriften für EU-Unternehmen so teuer und schwierig gemacht, dass sie im Vergleich zu ihren außereuropäischen Konkurrenten einen erheblichen Nachteil haben

Was wir von der neuen Europäischen Kommission brauchen, ist ein radikales Umdenken. Wir müssen die Digitalisierung ganz oben auf die Tagesordnung setzen, etwa mit einem „Digital Deal“. Wir müssen die Art und Weise, wie wir im digitalen Bereich Gesetze erlassen, neu überdenken. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Kräfte bündeln und die digitale Wettbewerbsfähigkeit zu einer gemeinsamen Priorität machen. Wir brauchen strategische

Investitionen in unsere digitale Wettbewerbsfähigkeit, unter anderem in neue Technologien, Kompetenzen, den Zugang zu und die Nutzung von Daten sowie die Digitalisierung in europäischen Unternehmen.

Daher brauchen wir für die nächsten fünf Jahre eine klare digitale Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in der EU, die auf einer besseren Rechtsetzung, der digitalen Durchsetzung, einer Datenstrategie, Investitionen, einer nachhaltigen digitalen (sozialen) Infrastruktur, einer Industriestrategie und Sicherheit beruht

Bessere Rechtsetzung

Die derzeitige Regulierungslandschaft hat zu komplizierter Bürokratie und sich überschneidenden, unklaren Vorschriften geführt. Was wir brauchen, ist eine Überarbeitung der Art und Weise, wie wir die digitale Regulierung angehen, um kohärentere, harmonisiertere und wirksamere Ergebnisse zu erzielen.

1. **Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die rechtliche Überschneidungen,** Widersprüche und Lücken in den bestehenden Rechtsvorschriften **aufdeckt.**
2. **Konzentrierung auf die Überprüfung, Anpassung, Umsetzung und Durchsetzung bestehender Gesetze,** anstatt neue Regeln zu schaffen.

3. Vorschläge für Rechtsvorschriften nur in Form von Verordnungen, **um eine vollständige Harmonisierung zu erreichen.**

4. **Beseitigung von Hindernissen,** wie z. B. aufwändige Marktzugangsverfahren, hohe Regulierungskosten und die häufige Inanspruchnahme von Ausnahmeregelungen, die zu divergierenden Vorschriften im digitalen Binnenmarkt führen.

5. **Verbesserung der Qualität und Strenge der Folgenabschätzungen,** um die Voraussicht bei der Politikgestaltung und die Nachhaltigkeit der Rechtsvorschriften im Hinblick auf sich ändernde Rahmenbedingungen zu verbessern. Änderungsanträge des Parlaments und des Rates sollten ebenfalls einer Folgenabschätzung unterzogen werden, bevor die interinstitutionellen Verhandlungen beginnen.

6. Kombination von **Ex-ante- und Ex-post-Ansätzen,** um das „Pacing-Problem“ besser in den Griff zu bekommen, und Ergänzung des legislativen Instrumentariums durch alternative Governance-Ansätze, die schneller und anpassungsfähiger sind.

7. **Einsetzung eines Ausschusses für Digitalpolitik** mit Gesetzgebungsbefugnissen im Europäischen Parlament, um auf horizontale Herausforderungen zu reagieren.

8. Nutzung der **EU-Normungsorganisationen** als Plattform für die Straffung und Harmonisierung von Normen, einschließlich freiwilliger Normen der Industrie.

Digitale Rechtsdurchsetzung

Die Regulierungsbemühungen der EU haben sich eher auf die Risiken als auf die Chancen konzentriert. Das Fehlen einer erfolgreichen Durchsetzung hat jedoch positive Auswirkungen verhindert, da z. B. unsere Privatsphäre immer noch unzureichend gegen große US-amerikanische und chinesische Plattformen geschützt ist, die das Regelwerk umgehen. Wir brauchen klare Mechanismen, um eine wirksame Um- und Durchsetzung digitaler Gesetze zu gewährleisten, damit wir unsere Bürger schützen und gleichzeitig wettbewerbsfähig bleiben können.

1. Einrichtung einer **digitalen Durchsetzungsstelle** mit ausreichenden Ressourcen, die die DSA/DMA-Durchsetzungsstelle, das AI-Büro und den EDPB/EDPS umfasst.
2. Verbesserung der **Durchsetzung der Datenschutz-Grundverordnung**, indem das Kohärenzverfahren verbindlich vorgeschrieben wird und die unterschiedlichen nationalen Auslegungen des Rechts gestrafft werden.
3. Ausarbeitung eines Arbeitskonzepts für **regulatorische Sandkästen** und verstärkter Einsatz von öffentlich-privaten Partnerschaften.

Datenstrategie

Daten sind das neue Öl. Der Wert von Daten als Wirtschaftsgut ist völlig unterschätzt worden und hat dazu geführt, dass andere Akteure den Wert

der europäischen Daten zu ihrem eigenen Vorteil nutzen. Wir müssen einen freien Datenfluss mit einem wirksamen Schutz personenbezogener Daten verbinden.

1. **Gewährleistung** des europäischen und internationalen **freien Flusses von Daten und Metadaten**, insbesondere für die digitale Handelspolitik der EU mit gleichgesinnten und wertorientierten Partnern.
2. Schaffung einer umfassenden **Datenunion** auf der Grundlage des Zugangs zu Daten, Konnektivität und KI-Vorzeigeprojekten.
3. Überarbeitung und **Modernisierung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)** durch Einführung von Verfahren zur Anonymisierung und Pseudonymisierung personenbezogener Daten und Anwendbarkeit der DSGVO auf autonome, selbstlernende KI.
4. Finanzierung von Forschungsarbeiten zur **Standardisierung von „Privacy by Design“-Ansätzen** und Förderung von kryptografischen Lösungen und datenschutzfreundlichen maschinellen Lernverfahren.
5. Entwicklung eines **Steuersystems für den Wert von Daten** in der EU und verstärktes Engagement in Fragen der Datenbesteuerung auf internationaler Ebene.
6. **Gewährung von Subventionen und Steuererleichterungen für Unternehmen**, die freiwillig Daten zwischen Unternehmen austauschen.

Digitale Investitionen

Die digitale Wettbewerbsfähigkeit ganz oben auf die Tagesordnung der EU zu setzen, ist nicht nur eine Aufgabe der Regulierung, sondern vor allem eine Aufgabe der Investition. Ein nachhaltiger und gerechter digitaler Wandel muss sich klar im EU-Haushalt und im MFR widerspiegeln.

1. Festlegung eines Ziels für die europäischen Mitgliedstaaten, einen Prozentsatz ihres BNE in die Forschung zu digitalen Technologien zu investieren, **der sich auf 20-25 Milliarden Euro pro Jahr beläuft**.
2. Aufbau der **Kapitalmarktunion** und Förderung umfangreicher Investitionen in den Technologiesektor.
3. Einrichtung eines **europäischen staatlichen Technologiefonds**, der auf der Grundlage der politischen Prioritäten des Europäischen Innovationsrates und der Europäischen Kommission große Investitionen tätigt.
4. Verabschiedung ehrgeiziger Vorschläge im **Gesetz über digitale Netze**, die öffentliche und private Mittel freisetzen, um **die Investitionslücke** von 200 Milliarden Euro in **der Vernetzung** zu schließen und die Ziele des digitalen Jahrzehnts zu erreichen.
5. Umfangreiche Investitionen in die **Forschung** zu Schlüsseltechnologien (z. B. Robotik und Quantencomputer) im Rahmen einer **strategischen Roadmap und aufbauend auf Horizon-Projekten**.

Nachhaltige digitale (soziale) Infrastruktur

Der digitale Wandel betrifft alle Bereiche der Gesellschaft. Moderne Technologien haben die Art und Weise, wie wir leben, wie wir uns bewegen und wie wir arbeiten, verändert. Auch wenn dieser Übergang große Vorteile mit sich bringt, müssen wir sicherstellen, dass niemand zurückbleibt. Die Gesellschaft braucht Zugang durch Konnektivität sowie Unterstützung und Fähigkeiten, um sich im Übergang zurechtzufinden. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass der digitale Wandel klimaneutral und energieeffizient ist. Deshalb brauchen wir eine gerechte und nachhaltige Einführung der digitalen (sozialen) Infrastruktur.

1. Aufbau einer belastbaren digitalen Infrastruktur ohne größere Lücken in der gesamten Europäischen Union, um **Hochgeschwindigkeitsverbindungen** zu gewährleisten.
2. Förderung des Einsatzes nachhaltiger Lösungen wie **digitaler Zwillinge**, um die Überwachung der Energieeffizienz der digitalen Infrastruktur zu ermöglichen und Informationen über Emissionen und Produktlebenszyklen zu sammeln.
3. Durchführung von **Wettbewerben** für digitale Lösungen zur Bewältigung spezifischer Umweltprobleme.
4. Einrichtung von **Überwachungsmechanismen** zur Analyse, Messung und Bewertung der **sozialen Auswirkungen** der digitalen Technologien.

5. Einen **klaren Fahrplan für die Schließung der erheblichen digitalen Qualifikationslücke** aufstellen, einschließlich eines **EU-Visa-Systems** für Techniktalente.

6. **Schaffung eines Rahmens für digitale Kompetenzen**, der Einzelpersonen und KMU hilft, relevante Schulungs- und Lernmöglichkeiten zu finden, und Finanzierung **kostenloser Online-Kurse** zur Verbesserung der digitalen Kompetenz

7. Einbeziehung KI-gestützter Systeme in **elektronische Behördendienste**, um grenzenlose, interoperable, personalisierte und nutzerfreundliche digitale öffentliche Dienste anzubieten und die Nutzung elektronischer Behördendienste durch **90 % der EU-Bürger bis 2029 zu fördern**.

Strategie für die Industrie

Europäische Unternehmen, insbesondere KMU, brauchen das richtige Umfeld, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die digitale Innovation zu fördern. Stattdessen ertrinken sie in der Bürokratie. Gleichzeitig müssen wir unsere Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern verringern. Deshalb brauchen wir eine wettbewerbsfähige Strategie für die digitale Industrie.

1. Konsolidierung und Straffung einzelner Initiativen zur Unterstützung der EU-Industrie und **deren Einbindung in eine neue Strategie für die digitale Industrie**.

2. **Gewährung von Steuererleichterungen und Befreiung von staatlichen Beihilfen für Investitionen von KMU** und für die Forschung im Bereich moderner Technologien.

3. **Die Berichtspflichten** für Unternehmen sollten entweder abgeschafft oder gestrafft und digitalisiert werden.

4. Nutzung von Big-Data-Analysen, um die Transparenz zu erhöhen und Stresstests durchzuführen, um die Belastbarkeit von Wertschöpfungsketten zu bewerten, **Abhängigkeiten abzubilden oder zukünftige Versorgungsengpässe zu erkennen**.

Sicherheit

Die globale Sicherheitslandschaft wird durch moderne Technologien und internationale technologische Allianzen bestimmt. Das europäische Cybersicherheitssystem ist schwach. Gleichzeitig sind die persönliche Sicherheit online und offline sowie der Schutz vor schädlichen Inhalten und Desinformationen von zentraler Bedeutung, um ein sicheres Umfeld für die Gesellschaft zu schaffen und die Demokratie zu schützen. Die Regulierungsbemühungen der EU für Plattformen reichen noch nicht aus. Daher müssen wir eine wertebasierte Nutzung der modernen Technologie auf globaler Ebene sicherstellen und fördern.

1. **Aufrechterhaltung einer starken internationalen, auf Kernwerten basierenden Technologieallianz**, um regulatorische Divergenzen und strategische Schwachstellen zu

überwinden, indem man auf den Vorteilen der anderen aufbaut und die Ressourcen zusammenlegt.

2. **Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich der Cybersicherheit** auf die europäische Ebene, um Ressourcen zu bündeln, besser zu koordinieren und die nationalen Cybersicherheitsstrategien effizient zu gestalten.

3. Die Formulierung **von verbindlichen Cybersicherheitsanforderungen** für alle digitalen und insbesondere KI-Anwendungen, die den gesamten Lebenszyklus ab der Entwicklung abdecken.

4. Einführung einer **aktiven EU-Cyberdiplomatie-Strategie und einer Task Force**, um schnell gegen ausländische Cyberangriffe, insbesondere auf kritische Infrastrukturen, vorgehen zu können.

5. Förderung sorgfältig entwickelter **Algorithmen zur Verbrechensverhütung und -aufklärung**, die auf qualitativen Datensätzen basieren. Einführung einer europäischen Politik zur Vorratsdatenspeicherung, da diese notwendig ist, um der Bedrohung durch Terrorismus und organisierte Kriminalität zu begegnen.

6. Ausarbeitung einer Reihe von **europäischen Leitlinien für die Entwicklung autonomer Waffensysteme**.

7. Nutzung der neuen **Initiative „Europäischer Schutz der Demokratie“**, um alle EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Desinformation in einer Generaldirektion und unter einem Kommissar zu bündeln.

8. Förderung neuer Methoden zur **Erkennung von Deepfakes und Fake News**, auch durch

Unterstützung von Wasserzeichen-Initiativen wie C2PAI.

9. Schutz von Kindern durch **Ausweitung des Verbots von schädlichen und bedrohlichen Inhalten**, einschließlich der Verletzung von Menschen oder Tieren auf großen Plattformen.